

Lühner Anzeiger

Fernsprecher: Amt Lahn Nr. 60.

Stadtblatt für Lahn und Umgegend.

Fernsprecher: Amt Schönan Nr. 10

Druck und Verlag von Franz Beuchel, Schönan (Kahbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönan (Kahbach).
Ausgabestelle und Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Markt Nr. 95 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönan (Kahbach).

Die Ausgabe erfolgt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. frei Haus. Bei Bezug durch die Post 1,65 Mk., mit Abtrag 1,89 Mk. Feldzeitungen monatl. 0,85 Mk.

Ämtliche Zeitung
für die Veröffentlichungen der städt. Behörden
und des Amtsgerichts.

Anzeigenpreis
1spaltige Grundzeile oder deren Raum 15 Pf., für ausw. Anzeigen 20 Pf., Textzeile 40 Pf. Bei gerichtl. Vertreibung kommt die Ermäßigung in Wegfall. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag vormittags 10 Uhr.

Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in unserem eigenen Betriebe oder denen unserer Lieferanten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Anzeigende in obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für die richtige Wiedergabe von durch Fernsprecher aus gegebenen Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 13.

Lahn, Sonnabend, den 1. Februar 1919.

16. Jahrg.

Die Verhandlungen wegen Lieferung von Lebensmitteln.

Zur Förderung der weiteren Verhandlungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist in Berlin eine Kommission gebildet worden, in der neben Vertretern der beteiligten Reichsbehörden, Finanz- und kaufmännischen Sachverständigen auch zwei Vertreter der ärztlichen Wissenschaft teilnehmen werden. Die deutsche Waffenstillstands-Kommission in Spaa hat die Entente-Vereine gebeten, bei der Zusammensetzung der Gesandtenkommission gleichzeitig eine Beteiligung von Gelehrten oder Ärzten zu erwirken.

Überführung der Obersten Heeresleitung nach Kolberg.

Die Nachricht, daß die Oberste Heeresleitung nach Kolberg verlegt wird, bestätigt sich. Generalfeldmarschall von Hindenburg und Generalquartiermeister Groener werden schon in aller nächster Zeit dort eintreffen. Das Oberkommando Nord wird nach Braunsberg kommen. Führer dieser Gruppe ist General von Quast, sein Generalstabschef ist General von Serdt. Das Armeekorps Oberkommando Süd hat Breslau als Standort. Das Kommando hat, wie schon mitgeteilt worden ist, der kommandierende General des 6. Armeekorps von dem Borne. Sein Stabschef ist General von Koberg.

Niederlage der Spartakisten in Wilhelmshaven.

In Wilhelmshaven sind die Spartakus-Beute endgültig unterlegen. Sie hatten sich in der „1000-Mann-Kaserne“ verschanzt, die mit 6-Zentimeter-Bootskanonen besetzt wurde. Die Spartakisten wurden zur bedingungslosen Übergabe gezwungen. Das Geld, das sie von der Reichsbank erpreßt hatten, und das insgesamt 1 060 000 Mark beträgt, mußten sie herausgeben; angeblich sollen nur 20 000 Mark nicht wieder zurückgeliefert sein. Bei den Straßenkämpfen hat es 3 Tote und 30 Verwundete gegeben. Der Streik der Eisenbahner wegen Lohnforderungen dauert an; aber der Bahnverkehr mit Wilhelmshaven ist von den besonnenen Elementen wieder aufgenommen worden. Abends herrschte Ruhe; auch die Nacht ist ruhig verlaufen. Ueber Wilhelmshaven ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Das Ergebnis der Wahlen zur Preussischen Nationalversammlung.

Das Endergebnis der Wahlen zur Preussischen Nationalversammlung liegt nunmehr nach amtlichen Meldungen vor. Endgültig das Wahlergebnis aus dem 8. Wahlkreis (Provinz Posen) mit 21 Mandaten konnte bisher noch nicht beschafft werden, da jeder telegraphische und telephonische Verkehr mit der Posener Agentur des D. L. B. gestört ist. Von den festgestellten 380 Mandaten entfallen auf die Mehrheitssozialisten 142, auf die Unabhängigen 24, auf das Zentrum 37, auf die Deutschdemokraten 61,

auf die Deutschnationalen 41, auf die Deutsche Volkspartei 18. Außerdem erhielten die Schleswiger Bauern- und Landarbeiter-Demokraten 1 und die Welfen 6 Sitze. — Damit ist auch in der Preussischen Nationalversammlung eine sozialdemokratische Mehrheit verhindert worden.

Der Rücktritt des Generals Winterfeld endgültig.

In einem an den Staatssekretär Erzberger gerichteten Telegramm erklärt General v. Winterfeld, daß er nach zeitlicher Reberlegung und nach eingehendem Vortrag an seine militärischen Vorgesetzten an dem Entschluß, seine Abberufung von der Waffenstillstands-Kommission in Spaa zu erbitten, festhalte. Die Art der Durchführung des Waffenstillstandes durch die Alliierten habe es ihm unmöglich gemacht, seine Tätigkeit fortzusetzen.

Erfolge gegen die Polen.

Aus Bromberg: Dienstag gegen 5 Uhr nachmittags griffen die Polen in einer Stärke von etwa 200 Mann Wilhelmshof an. Sie wurden abgewiesen und bis Paulina zurückgeworfen. Paulina wurde angegriffen, und unter Zurücklassung von zwei Maschinengewehren und Munition zogen sich die Polen fluchtartig zurück. In der Gegend von Reichfeld erfolgreiche Partisanentätigkeit.

Die Ermordung eines Deutschen Parlamentärs.

Leutnant Rogalla vom 14. Infanterieregiment, Sohn des Gemeindevorstehers in Schleißenau, ist am vergangenen Mittwoch im Laufe von Verhandlungen, die er als Parlamentär mit den Polen bei Thure führte, mit Gewehrkolben erschlagen worden. In schwerverletztem Zustande, aber noch lebend, wurde er in das Schubinzer Lazarett eingeliefert, wo er inzwischen gestorben ist. Wie dazu noch mitgeteilt wird, erschien am folgenden Tage in dem Lazarett ein polnischer Matrose, um sich zu erkundigen, ob „das Schwein“ noch am Leben sei.

Das stark gefährdete Westpreußen.

Die letzten Nachrichten, die aus dem Osten an die Reichsregierung und an das Kommando des Grenzschutzes Ost gelangt sind, lassen es als unzweifelhaft erscheinen, daß die Polen einen starken Vorstoß gegen Westpreußen planen und diese Provinz wohl in der aller nächsten Zeit ebenso in ihre Gewalt bringen wollen, wie es ihnen mit Posen leider gelungen ist. Der Vorstoß der Polen gegen Culmbach ist nur als ein Vorzeichen einer großangelegten polnischen Aktion gegen Westpreußen anzusehen. Die Zustände in Westpreußen sind nach der Ansicht der Regierung mit einem Pulverfaß zu vergleichen: Es fehlt nur der Funke, um es zur Explosion zu bringen. Die Polen betrachten die Bildung der Bürgerwehren in Westpreußen als eine gegen sie gerichtete Provokation, und ihr Führer Korsantch hat an die Reichsregierung gestern einen ausführlichen, in außerordentlich starkem Ton gehaltenen Protest telegraphiert und sich über die

Bürgerwehren beschwert und behauptet, daß die Deutschen ihre Landleute bewaffnen, während Polen entwaffnet würden. Die Gefahr ist für Westpreußen nach den jüngsten Meldungen derart dringend, und die Notwendigkeit, im Osten überhaupt einzugreifen, so groß, daß die Reichsregierung eilige Maßnahmen wird treffen müssen. Neue Aufrufe werden von uns erlassen werden, in denen gediente Soldaten zum freiwilligen Eintritt aufgefordert werden. Zur Sicherung des Ostens sind etwa 300 000 Mann erforderlich.

In der Provinz Posen wird die Stärke der polnischen Streitkräfte auf 40- bis 50 000 Mann geschätzt, davon in der Provinzialhauptstadt allein 10 000 Mann. — In der Trankasernen in Posen ist von 10 ehemals Kriegsgefangenen französischen Offizieren ein französisches Werbebüro errichtet, das bereits 350 Franzosen (Kriegsgefangene), in Uniformen des Dragoner-Regts. 4 eingekleidet, zur Teilnahme an den Kämpfen bei Hohenalza entsandt hat. Eine Abordnung der Franzosen mit Fahne nahm auch an der Beerdigung von 10 in den Kämpfen gefallenen Polen teil.

Der Raub an den deutschen Kolonien.

Savas meldet: Bezüglich der deutschen Kolonien hat die Konferenz eine Fassung vorgelesen, nach der die Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien dem Völkerbund übertragen wird, der seine Befugnisse an die unmittelbar interessierten Nationen überträgt. Wenn dieser Gedanke sich durchsetzt, wird Frankreich Togo und zwei Drittel von Kamerun verwalten. Südafrika wird an die südafrikanische Union zurückkommen. Die Idee einer Internationalisierung der deutschen Kolonien wurde ausgeschaltet.

Nach einer Meldung aus Paris ist man sich in dortigen politischen Kreisen der großen Bedeutung der letzten Sitzung der Friedenskonferenz bewußt. Man will bestimmt wissen, daß die Präliminarien bereits Mitte oder Ende März beginnen und zur Vorlage an die Parlamente bereit sein sollen. Nach einem Pariser Bericht soll die von Deutschland zu zahlende Kriegsentschädigungssumme mehrere hundert Milliarden betragen.

Austrabung der aus Elß-Lothringen ausgewiesenen Alt-Deutschen.

Die Austrabung der aus Elß-Lothringen ausgewiesenen Alt-Deutschen, die oft ihre Angehörigen und ihre Habe dort zurücklassen müssen, wird an den Rheinbrücken beim Geldwechseln in schamloser Weise fortgesetzt. Bekanntlich wurde in Elß-Lothringen sofort nach der Besetzung durch die Franzosen die französische Währung eingeführt. Die Bevölkerung ist infolgedessen gezwungen, das deutsche Geld in Franken umzutauschen. Bei dieser Gelegenheit werden die Deutschen überfordert, indem man sie zwingt, für 100 Franken 160 Mark zu zahlen, während die Elßler für 100 Franken 100 Mark erhalten. Die Ausgewiesenen dürfen nun kein französisches Geld nach Deutschland mitnehmen. Sie sind